

## Die Teuerung-Enquete.

Budapest, 24. November.

In der Budapester Handels- und Gewerbekammer findet Sonntag, vormittags 10 Uhr, unter Mitwirkung der Vertreter der Handels- und Gewerbekammern, der industriellen und kommerziellen Vereinigungen, wie der Gewerkschaften eine Enquete zur Besprechung der wichtigen Fragen der Approvisionnement der städtischen Bevölkerung und der Linderung der Teuerung statt. Das Substrat der Verhandlung wird der Entwurf einer an die Regierung gerichteten Eingabe bilden, die unter Hinweis auf die Fehler unserer Approvisionnementpolitik und die Ursachen der Teuerung konkrete Vorschläge in der Richtung enthält, wie diesen Fehlern abzuhelfen wäre und die Teuerung tunclichst gemildert werden könnte. Den Gedankengang dieses durch interessante Daten illustrierten und gründlich motivierten Elaborates skizzieren wir im folgenden:

Infolge der im Jahre 1906 ins Leben getretenen Agrarzölle haben die Lebensmittelpreise in Ungarn schon während des dem Ausbruch des Krieges vorangegangenen Jahrzehnts eine ständig steigende Tendenz verfolgt. Die Approvisionnement der Bevölkerung war bei uns schon vor dem Kriege teurer als in den westlichen industriellen Staaten Europas. Seit dem Ausbruch des Krieges aber hält die Teuerung der Lebensmittel unentwegt an. Der Erwerb der städtischen Arbeiterschaft ist vollständig ungenügend zum Ankauf der notwendigsten Nahrungsmittel und die Familien kleiner Beamten führen ein kümmerliches Leben. Das aber wirkt auch auf die industrielle Produktion zurück, wie denn überhaupt die riesige Teuerung der Approvisionnement eine schwere Gefahr für unsere Volkswirtschaft bedeutet.

Die ungarische Industrie produziert gegenwärtig aus drei Gründen teurer: wegen des Arbeitermangels, wegen der erhöhten Arbeitslöhne und wegen der verringerten Arbeitsleistung der schlecht genährten Arbeiterschaft. Hält die ungenügende Ernährung der Arbeiter an und nimmt ihre Leistungsfähigkeit dauernd ab, so kann dies in der Zeit, wenn nach dem Weltkriege die internationale Konkurrenz sich wieder mit aller Kraft geltend machen wird, verhängnisvoll für die ungarische Industrie werden. Der Teuerung der Lebensmittel gegenüber sind Arbeitgeber und Arbeiter zusammen ebenso unfähig wie die auf ihre eigene Kraft angewiesenen Konsumenten. Diesem Uebel kann nur die Regierung abhelfen, der denn auch die Vertreter der verschiedenen Klassen der Konsumenten ihre motivierten Vorschläge unterbreiten.

In welchem Maße die Preise der wichtigsten Massenlebensmittel seit Kriegsausbruch gestiegen sind, zeigt die folgende, auf Grund der amtlichen Preisnotierungen der Budapester Markthalle zusammengestellte Tabelle:

Ein Kilogramm	1914		1915		Steigerung
	30. Juni	15. Nov.	Seller	Prozent	
Sekunda Rindfleisch	172	580	408	231	
Sekunda Schweinefleisch	206	590	384	186	
Geräucherter Wurst	230	630	400	173	
Geräucherter Speck	190	810	620	326	
Schweinefett	160	830	670	419	
Schwarzbrod	35	48	13	37	
Rosentartoffeln	14	19	5	36	
Sauertraut	26	46	20	76	
Kleine weiße Bohnen	44	56	12	28	
Zucker	86	112	28	30	
Eier	85	22	135	159	
Milch	30	44	14	47	

Wie aus dieser Tabelle hervorgeht, hat sich die Approvisionnement durchschnittlich um 130 Prozent verteuert. Eine aus fünf Mitgliedern bestehende Arbeiterfamilie, die nach diesen Einheitspreisen vor dem Kriege, am 30. Juni 1914 pro Woche k 21.86 benötigte, brauchte für dieselben Lebensmittel am 15. November 1915 k 49.08. Bedenkt man, daß hierin weder Spezereien, noch Brennmaterial, weder die Wohnungsmiete, noch die sonstigen unausweichlichen Ausgaben eingerechnet sind, so ist es klar, daß der ungarische Arbeiter nicht imstande ist, sich und seiner Familie aus seinem heutigen Erwerbe auch nur die nötigen Lebensmittel anzuschaffen.

Eine Teuerung der Lebensmittel hat jeder Krieg im Gefolge, daß aber die Approvisionnement der städtischen Bevölkerung trotzdem verwahrt werden kann, zeigt uns das Beispiel Deutschlands, wo die meisten Lebensmittel wohlfeiler zu haben sind als bei uns, wie dies die nachstehenden Ziffern zeigen:

	Preis eines Kilogrammes in Sellern am 15. November 1915			
	Berlin	Budapest	Differenz	Prozent
Rindfleisch (Brust)	302	580	278	90
Schweinefleisch (Schlegel) ohne Zusage	336	580	244	73
Geräucherter Speck	504	810	306	60
Schweinefett	500	830	330	66
Butter	600	900	300	50
Kartoffeln	12	19	7	60

Und dabei ist in Deutschland auch das Mehl und Brot billiger als bei uns, weil die Getreidepreise niedriger festgestellt wurden als in Ungarn.

Unsere bisherige Approvisionnementpolitik hatte zwei Fehler: zunächst hat man das Interesse der Produktion höher gestellt als jenes des konsumierenden Publikums, dann aber hat der Staat keinerlei Opfer für die wohlfeilere Approvisionnement des städtischen konsumierenden Publikums gebracht. Man hat die Agrarzölle und Einfuhrverbote viel zu spät suspendiert; von einzelnen Verkehrsbeschränkungen, wie von der Einfuhr lebenden Viehs aus dem Balkan hat man auch heute noch nicht abgesehen, und der Import überseeischer Fleisches wird auch heute noch bekämpft. Ein Fehler war es auch, daß der Lebensmittelbedarf der Armee ganz unsystematisch, ohne Heranziehung von Experten, häufig sogar auf denselben offenen Märkten gedeckt wurde, auf welchen das Zivilpublikum seinen Bedarf an Nahrung sichern mußte. Durch die auf diese Art entstandene ziellose Konkurrenz und nicht durch erhöhte Produktionskosten wurden die Preise in die Höhe getrieben. Auch wurden die behördlichen Getreidepreise zu spät festgestellt. In den ersten Kriegsmonaten sind sie sehr

gestiegen und diesen allzu sehr erhöhten Preisen hat sich dann die behördliche Preisfeststellung angepaßt. Der behördliche Preis des Getreides steht in keinem Verhältnis zu den Produktionskosten. Die Approvisionnementpolitik der Regierung hat eben die Interessen der städtischen Bevölkerung nicht berücksichtigt und nur die des Produzenten begünstigt. Ueberdies werden auch die behördlichen Preise nicht eingehalten, sondern die landwirtschaftlichen Produkte werden zu noch höheren Preisen gekauft und verkauft. Die Behörden selbst sind mit bösem Beispiel vorangegangen und haben dadurch naturgemäß weitere Preissteigerungen herbeigeführt, an denen zum Teile auch der Umstand schuld ist, daß die Behörden bei der Durchführung der Verordnungen nicht genug Kraft entfalten und nicht einheitlich vorgehen.

Die Vorschläge, die in der Eingabe zur Linderung der Teuerung gemacht werden, beziehen sich einerseits auf die Menge, andererseits aber auf die Preise der Lebensmittel. Im Interesse der Sicherung der erforderlichen Menge der Lebensmittel wird die Organisierung einer Landes-Approvisionnementzentrale für notwendig erklärt, in deren Wirkungskreis die Feststellung der Höchstpreise der Lebensmittel, die Anordnung der Zwangsabgaben und Requisitionen, die Regelung der Aufteilung der Vorräte und die Organisierung der Lebensmitteleinfuhr gehören müßten. Die Regierung soll behufs genauer Feststellung der Lebensmittelmengen dringlich statistische Aufnahmen anordnen, die sich auch auf Getreide, Futtermittel, Kartoffeln und den Viehstand erstrecken müßten. Die Einfuhr von Lebensmitteln, lebenden Tieren, Futtermitteln und Fleisch müßte mit allen Mitteln auch um den Preis materieller Opfer gefördert werden. Es wäre notwendig, die Ausfuhr all jener Lebensmittel, in denen bei uns ein Mangel herrscht, wie Fleisch, Eier, Milchprodukte, zu verbieten, die Ausfuhr nach Oesterreich aber zu kontingentieren. Die Regierung müßte erhöhte Sorgfalt darauf verwenden, daß die für die Ernährung der städtischen Bevölkerung notwendigen Lebensmittelerzeugnisse rascher und ungehindert in die Städte gelangen als bisher. Im Interesse der Linderung der Fleischnot müßte das Stechen von weniger als 120 Kilogramm schweren ungarischen Schweinen verboten und das Schlachtverbot auf zur Zucht geeignete Stierkälber, jüngere als dreijährige Kälber, sowie trüchtige Schweine und Schafe ausgedehnt werden. Kraftfutter produzierende Fabriken wie Spiritusbrennereien, Bierbrauereien, Zucker-, Del-, Stärkefabriken müßten zur Viehfütterung gezwungen oder, insofern sie nicht dafür eingerichtet sind, zur Anmelde ihrer Kraftfuttermittel bei einer Futterzentrale gehalten werden. Der nachgewiesene Mais- und Gerstebestand der Mäster ist dringlich sicherzustellen. Auch soll die Kaninchenzucht aufgegriffen und der große Wildstand des Landes der ärmeren Klasse zu wohlfeilen Preisen zur Verfügung gestellt werden.

Was nun die auf die Verringerung der Teuerung bezüglichen Vorschläge betrifft, so wird in der Eingabe im Wesen folgendes proponiert: Für die Hauptlebensmittel sollen außer dem Verkaufszwang dreierlei Höchstpreise festgestellt werden, und zwar der Preis, den der Großhändler dem Produzenten zahlt, der Preis, den der Kleinhändler dem Großhändler zahlt und der Preis, den der Konsument dem Detaillisten zahlt. Für das ganze Land dürfen unter Zugrundelegung eines Zentralpreises nur die dem Produzenten zu zahlenden Preise festgestellt werden, die übrigen Preise sind nach Anhörung von Experten durch die lokalen Behörden zu bemessen und von den zu organisierenden Kommissionen zu kontrollieren. Zwischen Produzenten und Großhändlern, diesen und Kleinhändlern ist das Schlußbrießsystem einzuführen. Nach Oesterreich zu befördernde Lebensmittel müßten, gleich solchen Sendungen in Wagonladungen im Inlande mit Transportzertifikaten versehen werden. Die Produktionshöchstpreise, sowie die auf den Groß- und Detailhandel anzuwendenden Maximierungsschlüssel müßten mit Oesterreich auf paritätischer Grundlage, beziehungsweise in gleicher Weise festgestellt werden. Die Vorräte an Getreide und Kartoffeln, welche die Produzenten trotz der hohen behördlichen Preise bisher zurückgehalten haben, sollen im ganzen Lande zu einem wesentlich niedrigeren Preise requiriert werden. Diese Requisition wäre mit Militärgewalt befehligen, von den lokalen Interessenten unabhängigen Regierungskommissionen zu übertragen. Gleichwie in Deutschland die Verteuerung der Lebensmittel mit einer Geldbuße bis 10.000 Mark und einer Kerkerstrafe bis zu einem Jahre geahndet wird, müßte die gleiche Strenge auch bei uns zur Geltung kommen, welcher Gesellschaftsklasse der Angeklagte auch angehöre.

Im Interesse der Linderung der Fleischteuerung müßte zunächst der behördliche Preis aller Futtermittel, dann aber der zentrale Maximalpreis der lebenden Tiere festgestellt werden. Diesem angemessen würden die Munizipien und Städte die behördlichen Maximal- und Minimalpreise des Lebendviehs auf ihrem Gebiete, sowie die behördlichen Detailpreise von Fleisch und Fett bemessen. Das Lebendgewicht der auf den Markt getriebenen Tiere soll durch das Füttern und Tränken des Viehs nicht künstlich erhöht werden dürfen. Insofern die Regierung die Ausfuhr von Vieh und Fleischprodukten nach Oesterreich nicht verbieten sollte, müßte sie dafür sorgen, daß der Preis des Viehs und der Fleischprodukte auch in Oesterreich entsprechend niedrig maximiert werde. Notwendig wäre es, die Fleisch-, Zucker- und Petroleumkonsumsteuer zu suspendieren. Was den Milchmangel anlangt, so müßte durch die Einführung von Legitimationen in erster Reihe die Milchversorgung der Kinder geregelt werden. Der Preis der Butter wäre so niedrig zu maximieren, daß es vorteilhafter erscheinen soll, die Milch in der Stadt zu verkaufen als Butter aus ihr zu erzeugen.

Notwendig wäre es ferner, die Preise der Brennmaterialien wie in der Hauptstadt in allen Städten des Landes behördlich festzustellen. Da in der Hauptstadt vornehmlich mit preußischer Kohle geheizt wird, müßte zur Begleichung ihres Preises für deutsche Zahlungsmittel vorgesorgt werden, denn das ständige Steigen des Marktkurses erhöht automatisch den Preis der preußischen Kohle. Im Falle einer Einreiseperrung müßte die preußische Kohle ständig auf Ostseerouten hereingebracht werden. Auch die ungehinderte Zustellung der Kohle wäre durch behördliche Unterstützung zu erleichtern.

Zum Schluß wird in dem Elaborat darauf verwiesen, daß die Unterstützung der Familien der ins Feld gerückten Soldaten heute ebenso gering ist, wie bei Ausbruch des Krieges, obgleich die Lebensmittel seither um 130 Prozent gestiegen sind. Im Interesse der Erhaltung der künftigen Generation möge die Kriegsunterstützung der Teuerung der Lebensmittel entsprechend erhöht werden.

Das dem Ministerpräsidenten zu überreichende Memorandum, dessen Inhalt wir in obigem in großen Zügen gekennzeichnet haben, ist bereits von mehr als fünfzig Kammer-, industriellen und kommerziellen Vereinigungen und Arbeitergewerkschaften gutgeheißen und unterzeichnet worden.